

Die Chefs der FARC – ins Kapitol oder in die Picota(=Hochsicherheitsgefängnis) ?

(Wochenmagazin SEMANA vom 27.7.2013)

Die Debatte, ob die FARC-Chefs auf einem Parlamentsstuhl oder in einer Gefängniszelle landen sollten, spaltet Kolumbien. Sie beeinflusst auch den Fortgang der Verhandlungen in Havanna.

Kolumbien erlebte am vergangenen Donnerstag seine höchsten Autoritäten einmal mehr vertieft in eine komplexe juristische Debatte, die man vereinfachend zusammenfassen kann in der Frage: Falls die FARC die Waffen niederlegt, soll dann Iván Márquez (Oberster Kommandant, A.d.Ü.) ins Kapitol oder in die Picota gehen?

Eine Marathon-Anhörung von fast 12 Stunden vor dem Verfassungsgericht im Justizpalast am Bolivar-Platz in Bogotá war der Schauplatz für die Auftritte der wichtigsten Repräsentanten des Staates, bei denen sich die Argumente kreuzten in einem Prozess, den Präsident Santos in der ersten Stellungnahme den "wichtigsten verfassungsrechtlichen Vorgang des Jahrzehnts" nannte.

Das Thema: Das Gericht ist befasst mit einer Klage von Gustavo Gallón von der Kolumbianischen Vereinigung der Juristen (CCJ) gegen den sogenannten Rechtsrahmen, der im Juni 2012 verabschiedet wurde und der in die Verfassung eine "Übergangsjustiz" einführte. Dies ist eine Ausnahmeregelung für den Fall, dass die Verhandlungen zur Beendigung des bewaffneten Konflikts zum Erfolg führen.

Unter der Annahme, dass es unmöglich ist, alle während des Konflikts begangenen Verbrechen und ihre Urheber zu ermitteln und vor Gericht zu bringen, verfügt die Verfassungsänderung, dass im Fall einer erfolgreichen Friedensvereinbarung und der vollständigen Demobilisierung der Guerrilla, man die schwersten und charakteristischsten Verbrechen und ihre "Hauptverantwortlichen" auswählen und in einem großen Strafprozess zusammenfassen soll. Gallón beharrt darauf, der Verfassungszusatz sei eine Tür zur Straflosigkeit, da nicht alle Verbrechen und alle Beschuldigten abgeurteilt werden würden.

Der Rechtsrahmen, der noch eines Ausführungsgesetzes bedarf, erwähnt ferner die Notwendigkeit einer Definition, welche dieser Verbrechen als politische Straftaten anzusehen sind, um so die Teilnahme der entwaffneten Guerrilleros an der Politik zu ermöglichen. Welche Personen aus dem Urwald auf einen Parlamentssitz überwechseln können und welche nicht, teilt die Lager und wird auch entscheidend sein bei den Verhandlungen in Havanna.

SEMANA kennt die Stellungnahme des Richters Jorge Pretelt in der Diskussion des Verfassungsgerichts, der den Rechtsrahmen als verfassungskonform erklärt, aber zu einigen wichtigen Punkten eigene Interpretationen abgibt. Das Gericht muss im August seine Entscheidung bekanntgeben und wollte zuvor juristische und politische Stellungnahmen hören. Dazu lud es die Spitzen von Regierung und Justiz, akademische Fachleute und Vertreter bestimmter Rechtspositionen ein.

Schon im Mai führten der Oberstaatsanwalt und der Rechtsvertreter der Regierung(Procurador de la Nación) eine denkwürdige Debatte über das Thema, in der beide gegensätzliche Positionen vertraten. Aber sie sind nicht die Einzigen. Der Rechtsrahmen hat den ungewöhnlichen Effekt hervorgerufen, dass er eine unerwartete Übereinstimmung zwischen

ansonsten an den äußersten Rändern des politischen Spektrums angesiedelten gegensätzlichen Kräften bewirkte und auch die Opfer der Verbrechen trennt.

Sowohl der Procurador als auch nationale und internationale NGOs wie z.B. Human Rights Watch(HRW) und auch das Lager von Expräsident Uribe führen an, der Rechtsrahmen sei eine Hintertür zur Straflosigkeit und fordern, ihn als verfassungswidrig zu erklären.

Der Procurador richtete an die Richter die Frage ob "wir hier nicht die Bühne der Straflosigkeit herrichten". José Miguel Vivanco (HRW) unterstreicht, der Rechtsrahmen sei "ein ernstes Hindernis" für Garantien zugunsten der Opfer und legte im Detail dar, weshalb der Rechtsrahmen direkt den "internationalen Verpflichtungen Kolumbiens" zuwiderlaufe.

"Präsident Santos und Sergio Jaramillo (Friedenskommissar der Regierung, A.d.Ü.) verbergen vor uns ihre wahre Denkungsart...", erklärte wütend Expräsident Uribe während der Anhörung. Der Präsidentschaftsbewerber der Uribe-Partei, Francisco Santos, veröffentlichte eine Anzeige, in der Präsident Santos mit geschlossenen Augen gezeigt wird und man liest:"Unter dem Vorwand der Verhandlungen will er die Verbrechen der FARC nicht sehen".

Auf der anderen Seite bestehen die Regierung, mehrere Wissenschaftler und andere NGOs darauf, dass das Bestehen auf der Verhandlung von hunderttausenden Verbrechen aus dem Konflikt der sicherste Weg zur Straflosigkeit sei, weil der Justiz die Kapazität fehlt, all diese Prozesse zu führen und dass der Rechtsrahmen der beste Weg sei, die Rechte der Opfer zu wahren hinsichtlich Wahrheit, Gerechtigkeit, Entschädigung und der Garantie, dass die Geschehnisse sich nicht wiederholten.

Präsident Santos akzeptierte die Verantwortung des Staates für die von ihm begangenen Verletzungen humanitären Rechts, wobei er zum Teil die erste Empfehlung des Berichts des Zentrums für Historische Erinnerung aufnahm und sagte, man beabsichtige nicht, die Gerechtigkeit dem Frieden zu opfern.

Der Friedenskommissar Sergio Jaramillo versicherte, dass man in einer neuen Situation, wie sie mit dem Ende des Konflikts eintreten werde, man dieser mit der Einführung neuer Instrumente Rechnung tragen müsse, wie der Übergangsjustiz, die nicht etwa Straflosigkeit bedeute, sondern "besser verstehen werde, was geschah, wer die Befehlsgeber und welches die Strukturen waren und auf diese Weise wird eine viel größere Zahl von Opfern erfahren, was geschah und durch wen".

Der Oberstaatsanwalt forderte dazu auf, die formale Logik zu verlassen und sie durch eine "Logik der Vernunft" zu ersetzen und fragte:"Was ist für das Land vorzuziehen: Dass wir in den kommenden 50 Jahren die mehr als 200.000 Toten verhandeln oder dass wir jetzt bestimmte Rechtsvorschriften eingeschränkt anwenden und so den Tod von Tausenden Kolumbianern vermeiden und den Frieden konsolidieren als Garantie für die Menschenrechte?"

Der Präsident der Strafrechtsabteilung des Obersten Gerichtshofs unterstützte den Rechtsrahmen.....

Auch die Opfer sind geteilter Meinung. Clara Rojas von der NGO Pais Libre, der Organisation der Entführungsoffer, bezog sich auf das Beispiel der 11 Abgeordneten des Parlaments des Departements Valle de Cauca, die von der FARC ermordet wurden:"Wer kann als oberster Verantwortlicher dieser grausamen Tat angesehen werden, der Kommandeur der Front, die Schützen, die Bewacher der Gefangenen, die Ideologen der FARC oder das Oberkommando?"

Juan Fernando Cristo, der in der dreifachen Rolle als Parlamentspräsident, Initiator des Gesetzes für die Opfer und Opfer (sein Vater wurde ermordet) sprach, verteidigte die Notwendigkeit, dem Frieden ein Stück Gerechtigkeit zu opfern: "Ohne Frieden werde ich niemals die Wahrheit über meinen Vater erfahren....."

All diese Polemik ist ein Spiegel der historischen Diskussion, mit der die kolumbianische Gesellschaft konfrontiert ist: Welche Konzessionen ist man bereit zu machen und welche nicht, um zu einem guten Ende der Verhandlungen mit der Guerrilla zu gelangen. Die Gefühlsausbrüche der Juristen und das Aufeinanderprallen der Argumente in den höchsten Kreisen zeigen die Polarisierung der Nation am Ende von 50 Jahren Gewalt, die 220.000 Tote gefordert und mehr als 5 Millionen Vertriebene produziert hat.

Die Raserei hat sich verlagert in die Politik, wo das paradoxe Phänomen anzutreffen ist, dass jene, die gestern einen generösen rechtlichen Umgang mit den Paramilitärs verteidigten, einen ebensolchen mit der Guerrilla verdammen. Und einige mehr wahltaktische als ernst gemeinte Argumente könnten das Dilemma zwischen Frieden und Gerechtigkeit auf gefährliche Weise simplifizieren, indem sie in der einen oder anderen Richtung die öffentliche Meinung radikalieren könnten, die ja letztendlich entscheidend sein wird, da eine Friedenslösung durch eine Volksabstimmung bestätigt werden muss.

Wie in der Anhörung klar wurde, stünden diese Fragen im Falle eines klaren militärischen Sieges nicht zur Debatte, und das Recht des Siegers würde durchgesetzt. Das Problem ist jedoch, dass nach 8 Jahren einer entschlossenen Offensive des Staates FARC und ELN zwar geschwächt, aber nicht besiegt sind und man die Tür zu einer Verhandlungslösung geöffnet hat. Eine solche bedeutet per Definition ein Ende des Konflikts mehr in der Mitte und erhebt komplexe Fragen für eine auf allen Ebenen zutiefst verwundete Gesellschaft infolge einer langen und entwürdigenden Konfrontation, die zu einer Zahl von Opfern führte, für die es auf der Welt nur wenige Beispiele gibt.

So sagte Rodrigo Uprimny, Direktor der NGO DeJusticia: "Ein Friedensprozess ist nicht gangbar, wenn er die Rechte der Opfer aufhebt, aber auch nicht ein Konzept der Opferrechte, das Friedensvereinbarungen unmöglich macht".

Die Regierung argumentiert, die beste Balance zwischen Frieden und Gerechtigkeit stelle die durch den Rechtsrahmen bestimmte dar: Nicht alle Verbrechen und Beschuldigte vor Gericht bringen, jedoch die wichtigsten, um die Machtstrukturen zu klären, die für den bewaffneten Konflikt und seine Schrecken verantwortlich sind.

Ihren Gegnern scheint es, wenn man nicht alle vor Gericht bringe, führe das zu Straflosigkeit, obwohl nicht klar ist, wie die langsame kolumbianische Strafjustiz, die nicht in der Lage war, Prozesse gegen 4000 Paramilitärs zu führen, fertig werden könnte mit Millionen Straftaten und Zehntausenden Verursachern von Vertreibungen, Morden, Massakern und einer langen Liste von Verletzungen internationalen Rechts.

Zu all dem muss man noch hinzufügen, dass das Verhalten der FARC zur Einführung eines Übergangsrechts beitragen oder diese verhindern kann. Nicht nur, dass die Guerrilla sich scharf gegen den Rechtsrahmen gewandt hat, sondern sie weigert sich auch, einen Schritt zu gehen, den der Staat bereits getan hat: Ihre Verantwortung für Verbrechen anzuerkennen und die Opfer um Verzeihung zu bitten. Wenn das nicht geschieht und die Verhandlungen in Havanna nicht bis zu den Schlüsselfragen der Debatte vordringen, wird wahrscheinlich die öffentliche Meinung der Gewährung von Konzessionen an die Guerrilla um des Friedens willen ablehnend gegenüberstehen wie derzeit.

Aber die Diskussion wird auf den Verhandlungstisch in Kuba kommen und wird wahrscheinlich der schwierigste Punkt von allen für beide Seiten werden. Und auch für das Land. Nicht nur, weil kein Guerrillero 50 Jahre im Urwald verbracht hat, um dann die Waffen niederzulegen und ins Gefängnis zu gehen. Die Sprecher der FARC haben kategorisch verneint, ihre Zukunft hinter Gittern zu planen. Sondern auch, weil die Absicht ihrer Führer, in die Politik einzusteigen, im Konflikt steht mit der Tatsache, dass ihre Delikte wohl nicht als politisch eingestuft werden können.

Von solchen Ausmaßen ist das Dilemma, das in Havanna und in Kolumbien auf dem Tisch liegt. Die FARC hat so viele Verbrechen schrecklicher Art verübt, dass viele Kolumbianer vor der bloßen Idee erschrecken, ihre Chefs könnten nun Politik machen nach all den Jahren der Entführungen, Bombenattentate, Rekrutierung von Kindern und vielen anderen Grausamkeiten.

Aber zugleich muss die Notwendigkeit, den Konflikt zu beenden, die Bedingungen abwägen lassen, zu denen die Guerrilla bereit ist, den Weg in die Legalität zu gehen. Und alls dies in einem Ambiente der Debatte, wo die roten Linien von internationalem Recht und der internen Rechtslage verlaufen, deren Überschreitung nicht durch rechtliche Großzügigkeit zu rechtfertigen ist.

Das Bild, ob Iván Márquez aus dem Urwald in den Kongress oder in die Picota wechselt, fasst das Dilemma zusammen: Die Kolumbianer müssen entscheiden, wie die gewünschte Balance aussieht zwischen Frieden und Gerechtigkeit, wenn man zu einer erfolgreichen Verhandlung mit der FARC kommen will. Eine Entscheidung, die die nächsten 10 oder 15 Jahre prägen wird.....

Der Frieden ist nicht gratis, es sei denn durch einen militärischen Sieg, der weit entfernt und unwahrscheinlich ist, und er hat einen Preis. Ist das Land bereit, ihn zu zahlen? Wie hoch soll er sein? Das sind die Grundfragen dieser komplexen Diskussion. Rodrigo Uprimny schlug eine scharfsinnige Synthese vor: "Die Übergangsjustiz ist eine unzulängliche Justiz in unzulänglichen Zeiten". Das Gericht, der Kongress und die Gesellschaft müssen entscheiden, ob sie in diesen unzulänglichen Zeiten in Kolumbien diese unzulängliche Justiz akzeptieren wollen, um in bessere Zeiten einzutreten.